

Kommunikation im ländlichen Raum



Eine Expertise der Amadeu Antonio Stiftung
im Rahmen des Projektes
Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Zusammenhalt
durch Teilhabe

Vorwort

Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum lautet der Titel eines Projektes der *Amadeu Antonio Stiftung*. Wieso wird der ländliche Raum betont? Wie unterscheidet sich Kommunikation im ländlichen Raum von der Kommunikation im urbanen Raum?

Wir denken, dass es allerhöchste Zeit ist, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Wir weigern uns, den ländlichen Raum sich selbst zu überlassen und weiterzuziehen, so wie es etliche demokratische Parteien und Zeitungen getan haben. Die *Amadeu Antonio Stiftung* will in Zusammenarbeit mit ihren lokalen Kooperationspartnern, dem Verein *schloss bröllin e.V.* aus Mecklenburg Vorpommern und der Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht aus Brandenburg*, dem Rückzug und der Vernachlässigung ganzer Landstriche entgegenwirken. Menschen in ländlichen Regionen haben Bedarf an Austausch, Partizipation und demokratischer Teilhabe. Angepasst an die Bedürfnisse vor Ort sollen im Projekt innovative Medien-, Kommunikations- und Interaktionsstrategien entwickelt werden, um die demokratische Kultur in der Region zu stärken. Wir wollen den Menschen eine Stimme geben und sie davon abhalten, sich herauszuhalten aus dem Geschehen und eine Exit-Option zu wählen. Exit-Optionen sind vielfältig; ein sicheres Anzeichen dafür, dass Menschen die Exit-Option gewählt haben ist, sich bei Wahlen nicht mehr zu beteiligen, demokratieskeptisch zu werden und/oder sich rechten Gruppierungen anzuschließen.

Die Expertise von Johannes Staemmler zeigt auf, wie und unter welchen Umständen Bürger aufhören, sich zu engagieren, davon abgehalten werden sich zu engagieren, aber auch, was die Bedingungen sind unter welchen die Bürger sich für ihre Belange einsetzen und sich begeistern lassen um ihre Interessen zu repräsentieren.

Das Projekt *Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum* zielt darauf ab, die Kommunikation zu verbessern: Zwischen den Bürgern, zwischen den Bürgern und den Entscheidern, zwischen den Bürgern und den Medien. Wir hoffen darauf, dass das Projekt Modellcharakter hat und der ländliche Raum wieder mehr in den Fokus der demokratischen Parteien und Organisationen rückt. Wir brauchen den ländlichen Raum und der ländliche Raum braucht uns auch.

Swantje Tobiassen
Projektleitung *Region in Aktion*

Einleitung

Der ländliche Raum in Ostdeutschland braucht mehr Kommunikation. Die Nähe der Menschen untereinander hat ihn einst ausgezeichnet. Doch heute breitet sich vielerorts ein Klima des Schweigens aus, weil die Menschen weggehen oder nicht teilhaben. Auch Einschüchterung durch Rechtsextreme gehört dazu. Es ist Zeit, den Menschen die Gelegenheit zu geben, von ihrer Stimme als Bürger, Wähler und Engagierte Gebrauch zu machen.

Kommunikation im ländlichen Raum

Von Johannes Staemmler

Im Spiegel der öffentlichen Wahrnehmung sieht der ländliche Raum Ostdeutschlands zwar landschaftlich hübsch aber sozial oft düster aus. Scheinbar nirgendwo überlagern sich so viele Probleme wie hier: Wegzug der Jüngeren und Überalterung der lokalen Gesellschaft, Häufung rechtsextremistischer Vorfälle, Arbeitslosigkeit, niedrige Wahlbeteiligung, geringe Zustimmung zu demokratischen Institutionen, unterdurchschnittliches zivilgesellschaftliches Engagement. Inwieweit all diese Phänomene miteinander in Beziehung stehen und sich deren Auftreten regional unterscheidet, kann hier nicht abschließend behandelt werden. Dieser Beitrag betrachtet vielmehr den ländlichen ostdeutschen Raum als ein Zusammenspiel kommunikativer Arenen, die vor besondere Herausforderungen gestellt sind. Nach welchen Logiken funktioniert Kommunikation zwischen Bürgern, Staat und Medien im ländlichen Raum? Wo sind Schwachstellen und wie kann darauf reagiert werden?

Kommunikatives Handeln wird hier in Anlehnung an Habermas (1981) als jede menschliche Ausdrucksform verstanden, die Sinn herstellt und vermittelt. Nur durch die Interaktion zwischen Menschen kann ein geteiltes Verständnis von der Umwelt geschaffen und immer wieder überprüft werden. Dabei handeln und kommunizieren die Individuen als Familienmitglieder, Bürger, Konsumenten, Engagierte und Wähler. Sie nutzen dabei unterschiedliche Kommunikationsformate, treten in verschiedenen Arenen auf und bedienen sich unterschiedlicher Kommunikationslogiken. Im Rahmen des demokratisch verfassten Staates unterscheidet sich dabei Kommunikation von Nicht-Kommunikation, sowie demokratische von undemokratischer Kommunikation.

Im Folgenden wird ein einfaches Modell vorgeschlagen, das helfen soll, die verschiedenen kommunikativen Orte samt ihrer idealtypischen Ausprägung zu identifizieren. Dann wird im Rahmen dieses Modells der ostdeutsche ländliche Raum unter Einbeziehung der vorhandenen sozialwissenschaftlich erhobenen Daten beleuchtet. Dabei wird auf das Verhältnis der Bürger untereinander, auf das Zusammenspiel von Bürgern und Politik,

die Interaktion von Bürgern in der Zivilgesellschaft sowie der Bürger als Medienrezipient eingegangen. Abschließen wird noch einmal auf das Phänomen des Rechtsextremismus als kommunikative Herausforderung für den ländlichen Raum besprochen.

Der Bürger als kommunikatives Zentrum

Zur Annäherung an Kommunikation im ländlichen Raum bietet sich ein Modell an, in dessen Mittelpunkt der Bürger steht (angelehnt an McNair (2007)). Dieser ist ausgestattet mit einer Reihe von Freiheiten, die es ihm erlauben, seine Wünsche und Bedürfnisse auszuleben, solange diese nicht andere Menschen in Mitleidenschaft ziehen. Diese Freiheiten räumen ihm, dem Bürger, die Möglichkeit zur Teilhabe am politischen Gemeinwesen ein, erlauben es ihm, sich zu organisieren und über frei gewählte Kanäle zu informieren. Die kleinsten sozialen Einheiten sind in diesem Zusammenhang die Familien und Freundeskreise, in denen ein Großteil des kommunikativen Alltags der Menschen gestaltet wird. Wenn wir von Kommunikation im ländlichen Raum sprechen, bietet Lang (2003: 173) folgende Einordnung als lokale Kommunikation an:

„First, everybody has a subjective notion of him/herself as a member of a local community. This notion of locality rests on assumptions about shared culture, shared societal processes and/or shared institutional frameworks. Second, the local is distinct from other units of analysis by allowing for relatively more shared experiences and common knowledge than other units of communication analysis. Third, the local is a sphere which encompasses relatively more face-to-face interactions and interpersonal communication practices than larger units of political communication.“

Zentraler Bestandteil der Kommunikation im ländlichen Raum ist also die relative Nähe der miteinander Kommunizierenden sowie der gemeinsame Rückgriff auf ähnliche Vorstellungen von Gemeinschaft und Kultur sowie auf ähnliche Erfahrungen in der Vergangenheit. Von seinen Rechten als Bürger Gebrauch machend, sind es für den Bürger über die Familie hinaus vor allem drei kommunikative Arenen, die von zentraler Bedeutung sind für die Herstellung von Sinnzusammenhängen. Es sind gleichzeitig jene Bereiche, die wichtig für die politische Willensbildung sowie für Engagement sind. Diese sind die Bereiche von *Staat und Politik, Zivilgesellschaft* und *Medien*.

Die *Arena von Staat und Politik* ist vor allem gekennzeichnet durch Repräsentativität und Hierarchie, d.h. der Bürger beteiligt sich durch das Abgeben seiner Wahlstimmen bei Kommunalwahlen oder ist selbst Kandidat. Zudem kann er sich in Parteien engagieren und so die inhaltliche und personelle Aufstellung zwischen den Wahlen beeinflussen oder seine Repräsentanten kommunikativ ‚in die Pflicht nehmen‘. Behörden sind gekennzeichnet durch hierarchische Strukturen, an deren Spitze die kommunalen Amtsträger stehen und sich um die Belange der Bürger kümmern sollen.

In die *Arena der Zivilgesellschaft* fallen alle organisierten und losen Tätigkeiten, bei denen sich Bürger friedlich und gleichberechtigt treffen und ein gemeinsames Ziel verfolgen. Dieses Engagement ist vielfältig und reicht vom klassischen Verein, über die Orga-

nisation von Festen bis hin zu Kirchenveranstaltungen oder künstlerischen Zusammenkünften im öffentlichen Raum. Die primäre Logik der Interaktion und Kommunikation ist die der Gleichberechtigung.

Die *Arena der Medien* besteht aus allen lokalen aber auch überregionalen Radio- und Fernsehangeboten sowie der Zeitungslandschaft. Deren Hauptfunktion ist in diesem Zusammenhang die Information der Bürger aber auch eine Stelle zur Artikulation von Missfallen oder Anregung durch den Bürger selbst. Medien sind ein zentraler Ort, an dem Probleme kommunikativ gefasst und deren Debatten abgebildet werden.

Zur weiteren Analyse des bürgerschaftlichen Verhaltens in diesen drei kommunikativen Arenen bietet Albert Hirschman (1970) die Unterscheidung zwischen *Exit* und *Voice* an. Jeder Bürger entscheidet sich, bewusst oder nicht, zwischen den Optionen, sich physisch oder mental einer sozialen Situation zu entziehen oder darin einen Standpunkt zu formulieren und sich in die Interaktion mit anderen Menschen zu begeben. Besonders vor dem Hintergrund der sich kontinuierlich verschlechternden demografischen Lage im ländlichen Raum in Ostdeutschland (Kröhnert/Klingholz 2007; Kröhnert et al. 2011) müssen wir fragen, wer diejenigen Bürger sind, die vor Ort vor die Optionen von Exit oder Voice gestellt werden. Die Abwanderung viele junger Menschen, vor allem Frauen, ist eine der drastischen Formen von Exit aus dem gesamten sozialen und damit kommunikativen Gefüge des ländlichen Raums. Die leitende Hypothese ist daher, dass überall da, wo sich gehäuftes mentales oder physisches Exit-Verhalten zeigt, die Gefahr der Ausbreitung rechtsextremer Gedanken steigt, da diese keine ausreichende Entgegnung findet.

Der ländliche Raum als kommunikative Herausforderung

Im Folgenden wird das dargelegte Modell im Detail besprochen und mit Daten und Ergebnissen bisheriger Forschung unterlegt. Zuerst soll es dabei um die Kommunikation innerhalb der Familien und Freundeskreise gehen, dann um die Kommunikation zwischen Bürgern und Politik, das Zusammenspiel von Bürgern und Zivilgesellschaft und schließlich um die Wechselwirkung von Medien und Bürgern. In jedem Unterkapitel wird dabei die Frage nach Exit und Voice gestellt sowie mit einer für diesen Bereich zentralen kommunikativen Herausforderung geschlossen.

Kommunikation zwischen Bürgern

Mit der direkten Kommunikation zwischen Bürgern beschreiben wir im Allgemeinen die privaten Kontakte zwischen den Bewohnern ländlicher Gemeinden. Diese findet vor allem im privaten Raum statt, wo sich Familien und Freundeskreise zu privaten Anlässen treffen. Sie sind zentrale Orte des Austausches über politische und unpolitische Themen. Hier werden Meinungen gebildet und Mitglieder der „Dorfgemeinschaften“ sozialisiert. Traditionell sind die sozialen Netze im ländlichen Raum enger als im großstädtischen. Begegnungen dieser Art finden aber auch an halböffentlichen Orten wie bei Stammtischen oder bei Verrichtungen alltäglicher Besorgungen sowie im öffentlichen Raum, bspw. Marktplätzen, statt.

Der ländliche Raum in Ostdeutschland muss dabei auf generelle Trends sowie auf spezifisch lokale und regionale Spezifika reagieren. Was gemeinhin als demografischer Wandel bezeichnet wird, beschreibt ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren. Erstens beobachten wir einen globalen Trend der Verstädterung. Menschen minimieren ihre Wege hin zu Ausbildung und Arbeit durch den Umzug in die Stadt. Der ländliche Raum bietet immer weniger Menschen ausreichende Grundlage zur materiellen Versorgung. In Ostdeutschland kommt aber verschärfend hinzu, dass die junge Bevölkerung in großen Zahlen den ländlichen Raum verlässt. Besonders Frauen ziehen früh und dauerhaft weg (Kröhnert/Klingholz 2007; Kröhnert et al. 2011). Zwar findet innerfamiliäres Gespräch auch über telekommunikative Hilfsmittel statt, die zufällige Begegnung im realen Raum ist aber stark eingeschränkt. ‚Zurück‘ bleibt die ältere Bevölkerung mit oder ohne eigener „Scholle“ sowie junge Männer mit wenig Aussicht auf adäquate berufliche und soziale Entwicklung. Dieser Männerüberschuss, so das Berlin-Institut, verringert die Vielfalt potentieller Gesprächspartner und verändert die kommunikativen Inhalte in Richtung traditioneller Männerbilder. Die Rückkehr der Jungen scheint bisher ein oft gewünschtes aber noch unerreichtes Ziel zu sein, dessen Eintreten fraglich erscheint (Ringel 2010).

Ein zweiter, noch nicht ausreichend untersuchter Faktor ist der Einfluss der DDR-Erfahrung sowie die Erfahrungen nach 1989 auf die private Kommunikation. Eine These besagt, dass die individuellen Erfahrungen und Biografien der ehemaligen DDR-Bürger nach dem Zusammenbruch der DDR kommunikativ und medial entwertet wurden (u.a. Kollmorgen/Hans 2011). Hinzu kommt außerdem, dass viele Menschen auch beruflich eine längere Phase der Unsicherheit und Arbeitslosigkeit durchstehen mussten. Diese doppelte Entwertungserfahrung schlägt sich zum einen in geringeren Zustimmungswerten zum politischen und wirtschaftlichen System in Ostdeutschland nieder (Jaschke 2011). Zum anderen belastet es aber den sinnstiftenden innerfamiliären Austausch über die Vergangenheit sowie über geteilte Visionen für die Zukunft (Staemmler 2011). Diese durch zahllose Tabuthemen strukturierte Kommunikation vermittelt der jüngeren Generation das Gefühl von Enge, wenn sie nicht bereit sind, den Grundkonsens der Entwertungserfahrung und der damit einhergehenden Ablehnung der Gegenwart zu teilen. Die private Kommunikation ist ein Raum aber auch eine Barriere für die Erprobung eigenständiger Voice-Erfahrungen. Je stärker dabei die lokalen Interpretationen über die Vergangenheit geteilt werden, desto schwieriger ist es, diese in Frage zu stellen ohne dabei die persönliche Position oder sein Dasein in der lokalen Gemeinschaft zu gefährden.

Ein dritter, ebenso allgemeiner wie tragischer Punkt, ist die sichtbare Entwertung des öffentlichen Raums als Ort zwischenmenschlicher Begegnungen. Durch die veränderten Mobilitäts- und Versorgungsmuster der Bevölkerung sind Märkte und Marktplätze kaum noch Orte für regelmäßige Begegnungen. Hinzu kommt die knappe Finanzausstattung ostdeutscher Kommunen sowie die Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs, die Ansehen und Verbindung öffentlicher Räume erschwert. Die Signalwirkung dieser sichtbaren Kommunikationsbrachen ist dramatisch, da sie Externen keinen Hinweis auf die soziale Realität der Orte geben, sondern ein Bild von Verlassenheit und Abwendung abgeben.

Eine zentrale Herausforderung ist die Stärkung und Diversifizierung der zwischenmenschlichen Interaktion und Kommunikation. Dies kann über zwei Wege gelingen: Erstens muss die jüngere Generation aktiv (also über voice) mit den Älteren an der Offenlegung und Erarbeitung der Vergangenheit arbeiten, um wieder ein gemeinsames Verständnis der ‚local community‘ zu bekommen. Dadurch erst kann die lokale Gemeinschaft eine werden, die die Jungen mit einschließt ohne deren kritisches Potential zu unterdrücken. Die ‚local community‘ muss aus der Vergangenheit in die Gegenwart geholt werden. Zweitens müssen individuell und kollektiv Visionen für das Leben im ländlichen Raum formuliert und erprobt werden. Dabei ist die Sichtbarmachung von möglichen Wegen ein notwendiger Schritt des kommunalen Lernens (Links/ Volke 2009).

Kommunikation zwischen Bürger und Politik

Bei dem Verhältnis von Bürgern zur Politik können wir von zwei Indikatoren Rückschlüsse auf die Wahrnehmung der positiven Freiheiten der Bürger ziehen. Das eine ist deren Wahlverhalten und deren Zustimmung zum politischen System und das andere ist die Präsenz von Parteien und Verwaltung vor Ort.

Oft erwähnt (u.a. Jaschke 2011) ist die unterdurchschnittliche Beteiligung an Wahlen der ländlichen Bevölkerung besonders in Ostdeutschland. Obwohl diese auch bundesweit über die letzten 20 Jahre tendenziell geringer geworden ist, beobachten wir in strukturschwachen Regionen eine besonders geringe Beteiligung an der Wahl demokratischer Repräsentanten. Daneben beobachten wir jedoch immer wieder ein überdurchschnittliches Abschneiden rechtsextremer Parteien wie der NPD im strukturschwachen ostdeutschen Raum. „Die NPD erzielte ihre besten Wahlergebnisse meist in abgelegenen Landkreisen.“ (Kröhnert/Klingholz 2007: 67) Dabei handelt es sich vor allem um ein Männerphänomen. „Doch warum wählen junge Männer – vor allem in den neuen Bundesländern – so viel häufiger als Frauen eine rechtsextreme Partei? Offensichtlich, weil sie geringer gebildet und häufiger arbeitslos sind als Frauen und ihre Geschlechtsgenossen im Westen. Wir vermuten darüber hinaus einen weiteren Aspekt männlichen Unbehagens, der rechtes Wahlverhalten befördert: Eine tief greifende Entwertung traditioneller männlicher Rollenvorstellungen.“ (Kröhnert. Klingholz 2007: 68) Auch im Wahlverhalten lässt sich also eine tendenzielle Abkehr (Exit) vom politischen Betrieb ablesen.

Dem spielt eine wenig ausgeprägte Präsenz der großen Parteien vor Ort in die Hände. Diese haben es nach dem Zusammenbruch der DDR verpasst, flächendeckende Strukturen in Ostdeutschland aufzubauen. Das führt dazu, dass die Integration über kontinuierliche Parteilarbeit kaum stattfindet und damit ein weiterer Ort zur Kommunikation zwischen Bürgern und zum wirksamen Ausdruck von politischen Positionen fehlt.¹ Ein weiterer Punkt, der die direkte Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und den Bürgern auf der anderen Seite erschwert, ist die Distanz, die Bürger zurücklegen müssen, bis sie auf kommunale Behörden treffen. Vor allem aufgrund des de-

¹ Allein die aus der SED hervorgegangene LINKE kann auf solche Strukturen in Ostdeutschland zurückgreifen. Dazu sei aber angemerkt, dass die LINKE dabei auf verbreitete Enttäuschungserfahrungen der Ostdeutschen nach 1989 zurückgreifen kann und diese in politisches Kapital verwandelt.

mografischen Wandels und der schwierigen finanziellen Realitäten der Gemeinden, werden Strukturen zusammengelegt und zentralisiert. Dies verlängert jedoch den Weg für viele, wenn sie mit Behörden in Kontakt treten müssen oder wollen (BMVBS/BBSR 2009).

Die politische Praxis scheint für die Bevölkerung im ländlichen Raum etwas Fernes und Fremdes zu sein. Konflikt und Diskurs werden weniger als produktiver und kommunikativer Weg der Einigung sondern als Störungen begriffen. Zudem sind es vermeintlich allein die Folgen politischer Entscheidungen gewesen, die nach der Revolution von 1989 für die Entbehrungen des ländlichen Raums verantwortlich sind. Partizipation in der Politik braucht Übung, die nur beginnen kann, wenn die Bevölkerung darin einen Weg sieht, eigene Positionen zu artikulieren und dafür zu streiten.

Der ländliche Raum in Ostdeutschland muss eine doppelte Hürde überwinden, um eine gefestigte demokratische Kultur zu entwickeln, die den realen Lebenswelten der Bevölkerung nicht fremd bleibt. Zum einen müssen die strukturellen Bedingungen für politische Teilhabe dahingehend verbessert werden, dass mehr und qualitativ bessere Gelegenheiten dafür geschaffen werden. Die Einbeziehung der Bürger in die Diskussion über das Gemeinwesen ist dabei zentral. Zum anderen müssen die Enttäuschungen der Nachwendezeit überwunden werden, was vorrangig ein kommunikatives Problem ist. Diese Enttäuschungen müssen ernst genommen werden bei gleichzeitigem Rückgriff auf die Fähigkeiten der Menschen, ihre eigene Zukunft gestalten zu können. Das Gefühl, keinen Einfluss nehmen zu können und strukturell benachteiligt zu sein, kumuliert sonst zu einem kollektiven mentalen „Exit“-Verhalten.

Kommunikation zwischen Bürgern und Zivilgesellschaft

Ähnlich der Arena der politischen Kommunikation gibt es einige strukturelle Herausforderungen im Bereich der zivilgesellschaftlichen Kommunikation. Zivilgesellschaft gilt als der Bereich der vorpolitischen Teilhabe, in dem Menschen jenseits ihrer unmittelbar familiären Bedürfnisse sich zur gesellschaftlichen Gestaltung zusammenfinden (Jaschke 2011). Auch dieser Bereich ist als Erbe der autoritär strukturierten DDR heute im ostdeutschen ländlichen Raum unterentwickelt.

Erstens ist die stark mit Engagement korrelierende Präsenz von Kirche im Osten unterdurchschnittlich ausgeprägt. Damit fehlt ein zentraler Akteur, der Angebote zum Engagement bietet. Aber auch an den bestehenden Strukturen, in denen der klassische Verein die stärkste Ausprägung findet, beteiligen sich die Menschen in Ostdeutschland weniger (Gensicke et al. 2009; Priller et al. 2009). Howard (2003) führt das vor allem auf die Erfahrungen der Menschen mit zentralistischen Strukturen vor der Revolution 1989 zurück. Sie sind jetzt frei, sich gegen diese Form von „Voice“ zu entscheiden ohne eine Alternative dazu wählen zu müssen.

Zweitens ist auch das Engagement innerhalb der Zivilgesellschaft von den sich verschlechternden demografischen Bedingungen geprägt. So finden die klassischen Engagementorte wie Freiwillige Feuerwehr und Sportvereine nur schwer Engagierte, die

nach dem Ausscheiden von Älteren Verantwortung übernehmen. Die ist ein Einfallstor für rechtsextremistische Personen, die diese Posten übernehmen und damit vordergründig zum Erhalt sozialer Basisstrukturen beitragen (Schlamann 2007). Ähnlich sieht es mit der Bereitstellung von lokalen Angeboten zur Beteiligung durch rechtsextreme Strukturen aus, die als Zivilgesellschaftssubstitute bezeichnet werden können. Diese sind aufgrund ihrer weniger demokratischen Ausrichtung nicht in diesen Bereich hinein zu zählen, sind aber für Menschen vor Ort funktional äquivalent.

Die zivile Gesellschaft ist neben der Familie ein primärer Ort der Bildung sozialen Kapitals. Es sind Orte der Kommunikation und der Sinnstiftung jenseits der Arbeitswelt. Voice und Engagement sind dabei ein unzertrennliches Paar und berühren den Kern der demokratischen Gesellschaft, da im gleichberechtigten Austausch über Ziele, Mittel und Umsetzungen von Ideen und Projekten die Stimmenvielfalt der Gesellschaft erfahren und gelernt wird (Putnam 2000).

Die größte Herausforderung besteht hier, die bestehenden Orte der Kommunikation zu erhalten und deren Nachwuchssorgen ernst zu nehmen. Dies ist besonders dann schwierig, wenn diese Projekte oder Initiativen durch Mittel der Lands- und Bundesregierung gefördert wurden, ohne bei deren Auslaufen eigene nachhaltige Fundamente aufgebaut haben. Dabei sind es nicht allein Projekte, die sich explizit gegen die Verbreitung rechtsextremer Gedanken stellen, sondern auch einfach Zusammenkünfte, in denen die Beteiligten Mitspracherecht haben und „local community“ gestiftet wird.

Kommunikation zwischen Bürger und Medien

Ein wichtiges Bindeglied zwischen Bürgern, die sich nicht sehen, sind die Medien. Sie sind gleichzeitig der Ort, an dem die öffentliche Meinung exemplarisch abgelesen und verhandelt wird. Auch hier finden sich aber strukturelle und inhaltliche Herausforderungen, die im Besonderen den ländlichen ostdeutschen Raum betreffen.

Die Reichweite überregionaler Printprodukte ist in Ostdeutschland vergleichsweise gering. Es werden zudem Unterhaltungszeitschriften mit lokalem Fokus anderen vorgezogen. So hat die SuperIllu in Ostdeutschland mehr Leser als Stern, Spiegel und Focus zusammen. Aber auch die regionalen Zeitungen haben Schwierigkeiten sich gegen das Fernsehen als Hauptquelle von Unterhaltung und Information durchzusetzen. Wohingegen Zeitungen die Möglichkeit bieten, via Leserbriefe an Debatten teilzuhaben, ist dies im Fernsehen schwieriger. (Dohnsbach 2007: 45)

Empfindlicher ist aber die inhaltliche Behandlung der ostdeutschen Peripherie. In der überregionalen Presse hat die Berichterstattung über Ostdeutschland generell abgenommen (Kollmorgen/Hans 2011). Damit sinkt die Wahrnehmung, dass relevante Thematiken in diesen Medien verhandelt werden und als ernstzunehmende Orte des Diskurses gelten können. Erschwerend kommt hinzu, dass seit dem frühen 1990ern Ostdeutschland im Allgemeinen und das ländliche Ostdeutschland im Besonderen mit negativen Assoziativen konnotiert ist (Dissmann et al. 2008). Eine semantische Verdichtung aus Ostdeutschland, Rechtsextremismus, Plattenbauten, fehlender Ästhetik, Unfreund-

lichkeit etc. hat sich als einfach reproduzierbares Bild in den überregionalen Medien verfestigt (u.a. Strippel et al. 2011; Ringel 2010; Kollmorgen/Hans 2011). Damit werden Medien zu schwierigen Partnern bei der Intensivierung der regionalen Kommunikation. Die allgemeine Tendenz zur Verlagerung hin zu Online-Medien kommt dabei erschwerend hinzu, da nicht allen Orts im ländlichen Ostdeutschland der uneingeschränkte und schnelle Zugang zum Internet möglich ist (Jaschke 2011).

Eine zentrale Herausforderung für den ländlichen ostdeutschen Raum ist es, seine positiven Entwicklungen medial zu kommunizieren. Ziel ist es, selber Themen zu setzen und die Medienstrukturen für die eigenen Themen zu nutzen. Das schafft auch „local community“, wenn die Jungen nicht mehr vor Ort wohnen.

Kommunikation und Rechtsextremismus

Rechtsextremismus in Ostdeutschland ist nicht nur, aber auch, ein kommunikatives Problem. Hans-Gerd Raschke bietet für Rechtsextremismus folgende Definition an (zitiert in Botsch (2007: 32)): „Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgeht und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“ Dabei gibt es zwei Dimensionen, die voneinander zu trennen sind: Rechtsextremismus äußert sich als Werthaltung und als entsprechende Handlung.

Einen Indikator für letztere findet sich in den Statistiken der Polizei, die Gewalt- und Propagandadelikte mit rechtsextremem Hintergrund registrieren. Auch wenn die Dunkelziffer höher liegt als die offiziellen Statistiken zeigen, so sprechen diese schon eine starke Sprache. In Ostdeutschland und besonders in der ostdeutschen Provinz werden überdurchschnittliche viele Gewaltakte und Propagandadelikte verübt (Raschke 2011), denen rechtsextremistische Motive zugrunde liegen. Aus kommunikativer Sicht erzielen diese Handlungen eine doppelte Wirkung. Die direkten Handlungen sind Ausdruck von Menschenverachtung und die direkten Adressaten müssen häufig um ihre physische und psychische Unversehrtheit bangen. Diese Wirkung wird aber medial noch einmal multipliziert. Damit entsteht in kommunikativer Hinsicht eine Verdichtung von Begriffen, wie schon oben beschrieben, die Ostdeutschland und Rechtsextremismus als Wortpaar sinnhaft miteinander verbindet. So entsteht vorausseilende Abschreckung und Einschüchterung.

Was wir vorfinden ist dann der Beginn einer Schweigespirale (Noelle-Neumann/Petersen 2008). Bei kontroversen und moralisch aufgeladenen Themen, zu denen Fremdenfeindlichkeit, wirtschaftlicher Abschwung und Rechtsextremismus zählen, besteht generell ein Bedürfnis nach medialer Bearbeitung und Austausch. Wenn diese mediale Bearbeitung aber nicht als ausgewogen wahrgenommen wird, können Mehr-

heiten sich ausgeschlossen fühlen und zu den besprochenen Themen schweigen aus Angst vor sozialer Isolation. Es kann dazu führen, dass es unausgesprochene und mehrheitlich geteilte Ansichten gibt, die nicht zur Sprache kommen, da deren Träger aus Angst vor Bloßstellung, sich nicht trauen, Wort zu ergreifen. Der Ruf nach dem „Aufstand der Anständigen“ ist das oft wiederholte Plädoyer an diese schweigende Mehrheit, von der angenommen wird, dass sie einen Beitrag zur Debatte über Rechtsextremismus leisten könnten, wenn sie nicht eingeschüchtert sein würde, in lokalen Kontexten bedroht oder isoliert zu werden.

Wenn wir Rechtsextremismus aber auch als Werthaltung begreifen, dann können wir uns dem über die „politische Kultur“-Forschung annähern (Raschke 2011). Diese befragt Bürger kontinuierlich zu ihren Einstellungen in Bezug auf Demokratie, Institutionen, Vertrauen etc. Diese findet in der ostdeutschen Provinz häufig ein erhöhtes rechtsextremes Einstellungspotential (Botsch 2007), was sich u.a. in latenter Fremdenfeindlichkeit ausdrückt. Auch das Vertrauen in demokratische Institutionen sowie das Wirtschaftssystem ist hier niedriger ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt. Das ist nicht untypisch für Staaten, die in ihrer jüngeren Vergangenheit eine Transformation des politischen Systems erlebt haben, in dem es gehäuft zu Unsicherheiten und Enttäuschungen gekommen ist. (Raschke 2011) Diese Transformationen bringen immer „Gewinner“ und „Verlierer“ hervor, wovon letztere anfälliger für radikale Lösungen sind. In dieses Unsicherheitsgefühl stoßen rechtsextreme Deutungsangebote im Rahmen von Wahlkämpfen aber auch im alltäglichen Gespräch. „Wissenschaftler sind unterschiedlicher Auffassung, ob etwa das Aufwachsen in einem autoritären Staat, das familiäre Umfeld, geringe Bildung oder Gewalterfahrung in der Kindheit ausschlaggebend sind oder eher wirtschaftliche Benachteiligung, Armut und Arbeitslosigkeit.“ (Kröhnert/Klingholz 2007: 67) Beides spielt aber in der ostdeutschen Provinz zusammen und hinterlässt vor allem junge, schlecht ausgebildete Männer mit hohem Frustrationspotential.

Jenseits der rechtsextremen Straftaten, deren bewusster oder unbewusster Effekt die Einschüchterung ist, treten Rechtsextreme gezielt in die kommunikativen Lücken, die in den drei gesellschaftlichen Bereichen – Politik, Zivilgesellschaft, Medien – entstanden sind. Immer da, wo durch den physischen oder mentalen Exit der lokalen Bevölkerung kommunikative Brachen entstehen, bieten sich Möglichkeiten für Nazis, diese zu füllen. Sie übernehmen Aufgaben in Vereinen und Freiwilligen Feuerwehren, sie stellen Medien bereit, die scheinbar die Sorgen der Menschen aufgreifen, sie bieten Parteien an, die latente Ängste formulieren und sie sind auf öffentlichen Veranstaltungen präsent, in dem sie bei öffentlichen Veranstaltungen stören und sagen, ‚was doch mal gesagt werden muss.‘ (Botsch: 37)

Fazit

Ist das gehäufte Auftreten rechtsextremer Strukturen im ostdeutschen ländlichen Raum eine Folge ausgehöhlter Kommunikationsstrukturen? In fast allen gesellschaftlichen Bereichen können wir zumindest die erhöhte Gefahr sich ausdünnender Kommunikationsstrukturen beobachten. Mancherorts ist sie bereits Realität. Es scheinen sich in allen

Bereichen Arenen aufzutun, in die Rechtsextreme hineintreten können und es auch tun. Dabei ist der Rechtsextremismus eine Folge anderer gesellschaftlicher Trends, die mit für diese Lücken verantwortlich sind. Dazu gehört der demografische Wandel, die De-Industrialisierung Ostdeutschlands mit der Freisetzung vieler Arbeitskräfte in den 1990ern sowie die schablonenhafte Aufarbeitung der DDR Geschichte.

Die Bürger im ländlichen Raum ziehen sich gehäuft mental oder physisch aus dem öffentlich Leben und damit der öffentlichen Kommunikation zurück. Hier liegt neben der polizeilichen Verfolgung und Aufklärung rechtsextremer Strukturen das größte Potential, Gegenkräfte aufzubauen. Der Wahl zwischen Exit und Voice muss sich auf den Ebenen der Familie, in der Zivilgesellschaft, gegenüber der Politik aber auch den Medien öfter in Richtung Voice verschieben. Dazu beitragen können all diese Bereiche, in dem sie mit strukturbildenden aber auch mit überraschenden Ideen die Menschen in die Pflicht nehmen und ihnen dabei die positive Selbsterfahrung aktiv kommunizierender und handelnder Bürger zu vermitteln. Es gibt zahllose Beispiele diese Art, wie sie unter anderem in „Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland“ (Links/Volke 2009) abgebildet sind. Medien, Politik und Zivilgesellschaft können allein oder gemeinsam viel dafür tun, dass Engagement sichtbar und hörbar gemacht wird. Diese Belege für ‚Voice‘ sind ebenso günstig wie wirkungsvoll, andere aus ihrer ‚Exit‘-Haltung herauszuholen.

Die Chance lokaler Kommunikation liegt in der Nähe der verschiedenen Akteure zueinander. Vereine, Stammtische, Parteien und lokale Zeitung müssen sich nicht erst finden, sie kennen sich. Ihre Öffnung für Menschen, die bisher von ihrer eigenen Stimme kaum Gebrauch gemacht haben, ist ein Weg zu mehr Integration. Ein zweiter, damit verbundener Weg ist das Aufgreifen von Themen, die für die einzelnen von Bedeutung sind. So klein diese Themen auch sein mögen, die Menschen erkennen ihr Voice-Potenzial, wenn es um sie geht und sie das Gefühl haben, gehört zu werden. Im Prozess der Artikulation, der Debatte und des Austauschs nutzen sich Extreme ab und die Fähigkeit nimmt zu, sich auch mit Rechtsextremen Positionen auseinander zu setzen und diesen etwas entgegen zu setzen.

Johannes Staemmler, Politikwissenschaftler, wurde 1982 in Dresden geboren. Er ist Doktorand an der Freien Universität Berlin und Stipendiat der Hertie School of Governance und IFOK. Sein Promotionsthema lautet: Zivilgesellschaft in strukturschwachen Städten. Johannes Staemmler ist Mitinitiator von 3te Generation Ostdeutschland.

Literatur und Quellen

- Botsch, Gideon (2007). Was ist Rechtsextremismus? In: Julius Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopkem Lars Rensmann (Hg.). Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2009). Die demografische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Forschungsheft 128. Bonn.
- Dissmann, Christine; Gribat, Nina; Nölting, Benjamin (2008). Bilder des Wandels – Wandel der Bilder. Analysen zu Ostdeutschland. Diskussionpaper Nr. 28/08. Berlin. Zentrum Technik und Gesellschaft.
- Donsbach, Wolfgang (2007). Möglichkeiten der Veränderung des politischen Klimas in den neuen Ländern. Welche Kommunikationsformen mit dem Wähler sind erforderlich? In: Michael Borchard (Hrsg.) Politische Kultur in den Neuen Ländern. Zum Stand der Inneren Einheit – Eine Zwischenbilanz. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin: 43-60.
- Gensicke, Thomas et al. (2009) Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde. Wiesbaden: VS Verlag.
- Habermas, Jürgen (1981) Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hirschman, Albert (1970). Exit, Voice, and Loyalty. Response to Decline in Firms, Organizations, and States. Cambridge: Harvard University Press.
- Howard, Marc (2003). The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jaschke, Hans-Gerd (2011). Analyse der politischen Kultur Brandenburgs im Hinblick auf ihre demokratiestützende oder demokratieproblematische Wirkung“. Im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ des Landtags Brandenburg
- Kollmorgen, Raj; Torsten Hans (2011). Der verlorene Osten. Massenmediale Diskurse über Ostdeutschland und die deutsche Einheit. In: Raj Kollmorgen, Frank Thomas Koch; Hans-Liudger Dienel (Hrsg.) Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kopke, Christoph (2007). Die „nationale Bewegung“ in Brandenburg. Rechtsextreme Parteien, Wahlvereine, Verbände und Verinigungen seit 1990. Ein Überblick. In: Julius Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopkem Lars Rensmann (Hg.). Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Kröhnert, Steffen; Reiner Klingholz (2007). Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Berlin-Institut für Bevölkerungsforschung.

- Kröhnert, Steffen et al. (2011). Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Region leistet. Berlin-Institut für Bevölkerungsforschung.
- Lang, Sabine (2003) Local Political Communication and Citizen Participation. In: Philippe Maarek, Gadi Wolfsfeld (Hg.). Political Communication in a New Era. A Cross-national Perspective. London/New York: Routledge.
- Links, Christoph; Krista Volke (Hg.) (2009). Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland. Berlin: Ch. Links.
- McNair, Brian (2007). An Introduction to Political Communication. Fourth Edition. Abingdon/New York: Routledge.
- Noelle-Neumann, Elisabeth; Thomas Petersen (2008): The Spiral of Silence and the Social Nature of Man. In: Lyinda Lee Kaid (Hrsg.) Handbook of Political Communication Research. New York/London: Routledge. S. 339-356.
- Priller, Eckhard; Mareike Alscher; Dietmar Dathe Rudolf Speth (2009). Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin
- Putnam, Robert D. (2000). Bowling alone : the collapse and revival of American community. New York: Simon & Schuster.
- Ringel, Felix (2010). Hoytopia allerorten? Von der Freiheit zu bleiben. In Aus Politik und Zeitgeschichte (30-31), 26. Juli 2010.
- Schlamann, Gabriele (2007). Handlungsfelder und Aktionsformen der extremen Rechten in Brandenburg. In: Julius Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopkem Lars Rensmann (Hg.). Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Staemmler, Johannes (2011). Wir, die stumme Generation. Was haben unsere Eltern in der DDR gemacht? Es wird Zeit, dass wir sie danach fragen. In: DIE ZEIT 34, 18.08.2011.
- Strippel, Andreas; Andrej Reisin; Patrick Gensing (2011). Im Osten nichts Neues ...? <http://www.publikative.org/2011/11/30/im-osten-nichts-neues/> (abgerufen 13. Januar 2012)